



Antrag auf Gewährung einer Erstattung von Beitragsausfällen für kommunale Straßenausbaumaßnahmen im Land Nordrhein-Westfalen

NRW.BANK
48134 Münster

Maßnahme: Erstattung von Beitragsausfällen für kommunale Straßenausbaumaßnahmen nach § 25 Abs. 2 S. 1 KAG i. V. m. der Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung Nordrhein-Westfalen

Antragsteller(in)

Gemeinde/-verband

Anschrift

Straße/PLZ/Ort

Postfach/PLZ/Ort

E-Mail-Adresse

Telefon

Fax

Ansprechpartner(in)

Name/Funktion

Telefon

E-Mail-Adresse

Bankverbindung

Bezeichnung des Kreditinstituts

IBAN

Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme(n)

*Eindeutiges Aktenzeichen und Bezeichnung der einzelnen Straßenausbaumaßnahme,
ggf. Bezeichnung des betreffenden Bauabschnittes:*

Datum der Beschlussfassung des
zuständigen Organs _____

Wird die Erstattung innerhalb der Erstattungsfrist von vier Jahren
(§ 5 Abs. 3 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung) geltend gemacht?

Ja Nein wenn nein, Begründung _____

Zuordnung der Straßenausbaumaßnahme zu einer der Straßenkategorien gemäß
Abschnitt A. der Anlage zur Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung
(§ 5 Abs. 3 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung)

Anliegerstraßen

Haupterschließungsstraßen

Hauptverkehrsstraßen

Hauptgeschäftsstraßen

Fußgängergeschäftsstraßen

Verkehrsberuhigte Bereiche

Sonstige Fußgängerstraßen

Die vorstehenden Kategorien gelten für öffentliche Plätze und einseitig anbaubare
Straßen und Wege entsprechend.

Anzahl der von einer Beitragserhebung entlasteten Grundstücke

— Grundstücke insgesamt _____

— davon gemeindeeigene Grundstücke _____

— Anzahl der von einer Beitragserhebung
entlastenden Grundstücke _____

Das Vergabeverfahren für die Straßenausbaumaßnahme wurde ordnungsgemäß und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt.

Ja Nein

Ermittlung des erstattungsfähigen Aufwandes gem. § 2 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung

1. Gesamtaufwand der Maßnahme (auf Basis der vorliegenden Schlussrechnung gem. § 2 Abs. 1 S. 1 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung) _____ Euro
2. Abzüglich Gemeindeanteil (ggf. abzüglich des auf die gemeindeeigenen Grundstücke entfallenden Aufwandes gem. § 3 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung) _____ Euro
davon Mehraufwand im Sinne des § 2 Abs. 2 S. 2 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung _____ Euro
3. Abzüglich erhaltener Fördermittel und sonstiger Mittel Dritter _____ Euro
4. Erstattungsfähiger Aufwand gem. § 4 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung _____ Euro
5. **Beantragte Erstattung** _____ **Euro**

Erklärungen

Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass

- für die Durchführung der Maßnahme in Bezug auf die hier beantragte Erstattung keine öffentliche Förderung erhalten wurde oder wird;
- infolge des Erhebungsverbots nach § 8 Abs. 1 S. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712) in der jeweils geltenden Fassung gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung keine Straßenausbaubeiträge für die Straßenausbaumaßnahme erhoben werden dürfen und auch nicht erhoben werden;
- keine Gründe abseits des vorgenannten Erhebungsverbots vorliegen, aufgrund derer Beiträge nicht erhoben werden könnten;
- die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind;
- der NRW.BANK gemäß § 5 Abs. 5 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung auf Verlangen weitere Angaben zur Maßnahme gemacht und Unterlagen vorgelegt werden.

Die vorgenannten Ausführungen beziehen sich ausdrücklich auch auf Beitragserstattungen auf der Grundlage von § 1 Abs. 2 Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung (bei vormaliger Übertragung der Beitragserhebung an rechtlich verselbständigte juristische Personen des öffentlichen Rechts).

Hinweis zum Datenschutz

Die sich aus den Antragsunterlagen ergebenden personenbezogenen Daten werden von den am Verfahren Beteiligten verarbeitet. Beteiligt sind die NRW.BANK, das für kommunale Angelegenheiten zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und die von diesen beauftragten Stellen.

Die in diesem Antrag enthaltenen personenbezogenen Daten werden bei den oben genannten am Verfahren Beteiligten zum Zweck der Antragsbearbeitung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet. Diese sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen und privaten Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Bestätigung

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.

Es wird bestätigt, dass die beantragten Erstattungsleistungen keine Beträge enthalten, die nach § 2 Abs. 1 S. 3 oder § 2 Abs. 2 S. 2 der Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung in Abzug zu bringen sind.

Es wird bestätigt, dass die beantragten Erstattungsleistungen ausschließlich Maßnahmen betreffen, für die Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften. Es handelt sich ausdrücklich nicht um Erschließungs- oder Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch. Aufwendungen nach § 10 KAG NRW (Kosten für Grundstücksanschlüsse) oder § 16 StrWG NRW sind in den beantragten Erstattungsleistungen nicht enthalten.

Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des
Hauptverwaltungsbeamten oder
Vertreter(in) im Amt

Anlagen

- Beschluss des zuständigen Organs
- Nachweis der Straßenbaulast in Form von z. B. einer Kopie der Widmungsverfügung oder einem Auszug aus dem Straßenbestandsverzeichnis (bei geteilter Straßenbaulast: Vereinbarungen zur Durchführung einer Gemeinschaftsmaßnahme)